

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,
Wirtschaft und Gleichstellung
am Mittwoch, dem 20.11.2024, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:24 Uhr**

		Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	203/2024 7
4.	Vorstellung des Projekts EUREGIO	204/2024 9
5.	Bericht der Gleichstellungsbeauftragten	206/2024 10
6.	Bericht des Jobcenters zum Werkcampus	207/2024 11
7.	Blitzlicht aufsuchendes Coaching	208/2024 12
8.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2025	209/2024/1 13

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Bas, Ali
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Freiwald, Klaudius
Geiger, Andrea
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kirchhoff, Norbert
Lehnert, Susanne, Dr.
Meyer, Ludger
Schmedding, Josef
Schubert, David
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
stellv. Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül
Blömker, Franz-Ludwig
von der Verwaltung
Arizzi Rusche, Anna, Dr.
Beier, Susanne
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
Glinka, Nicole
John, Kai
Klöpfer, Harald
Lohmann, Tabea
Peilert, Matthias, Dr.
Gäste
Adamsky, Sonja

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Kocker, Dennis

Mindermann, Ursula

Wamba, Gilbert

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Dabei betont sie, dass sie sich besonders über die Teilnahme von Frau Sonja Adamsky und ihren heutigen Vortrag zum Projekt EUREGIO freue.

Die Vorsitzende stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, kündigt an, in der ersten Sitzung des Ausschusses im neuen Jahr über die Kampagne Inklusion Münsterland berichten zu wollen. Dabei handele es sich um eine Aktion des LWL, an der sich der Kreis Warendorf beteilige. Ziel sei die Förderung von behinderten Personen am Arbeitsmarkt.

Auch lädt er die Anwesenden zur Fachkräfte- und Weiterbildungsmesse future@work am 24. und 25.01.2025 in die Halle Münsterland ein. Auch wenn sich dieses Mal bisher weniger Teilnehmende angemeldet hätten, seien die Vorbereitungen in vollem Gange. Dieses Mal werde der Fokus auch auf das Thema Ausbildung gelegt, für das vor allem der zweite Veranstaltungstag genutzt werde.

3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Waren- dorf	203/2024
-----------	---	-----------------

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, und die Sachgebietsleiterin Aktivierende Leistungen, Frau Susanne Beier, stellen anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage im Kreis Warendorf dar. Dabei berichten sie u.a. über einen leichten, aber konstanten Zugang an Bedarfsgemeinschaften und über die Umsetzung der Vermittlungsoffensive. Hier habe man mit 98 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zwar nahezu alle kontaktiert, auf 100 % werde man aber nicht kommen können. Grund dafür seien die Personen, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld I aufstockende Leistungen des Jobcenters beziehen würden und sich aus diesem Grund für die Vermittlung noch immer in der Betreuung der Bundesagentur für Arbeit befänden.

Auf die Frage von Herrn Strübbe (CDU), wie hoch Leistungsminderungen seien, erklärt Frau Beier, dass bei Meldeversäumnissen die Leistungen für einen Monat um 10 % des maßgeblichen Regelbedarfs gemindert werden. Bei Pflichtverletzungen seien die Minderungen gestaffelt. Es beginne ebenfalls bei einem Monat zu 10 %, steigere sich aber bei wiederholten Pflichtverletzungen erst auf zwei Monate zu 20 % und schließlich drei Monate zu 30 %. Laut Frau Beier trage das Dranbleiben aber auch Früchte, denn man erkenne eine Steigerung an Integrationen von verwarnten Personen. Ebenfalls sei die Integrationsquote von Flüchtlingen gestiegen.

Herr Schulze Westhoff (CDU) zeigt sich unzufrieden mit den Möglichkeiten, Leistungen bei Meldeversäumnissen und Pflichtverletzungen zu mindern. Er erklärt, dass der als Minimalziel ausgegebene, einmalige Kontakt im Jahr zu wenig und die Quote derjenigen, die Termineinladungen nicht folgen würden, mit 21 % erschreckend hoch sei. Er bittet Frau Beier um eine Bewertung des aktuellen Minderungssystems. Frau Beier bestätigt, dass das o.g. System sehr viele Ressourcen binde und erläutert das Prozedere. Sie wünsche sich eine unmittelbarere Rechtsfolge ohne Staffelung. Nach ihren Angaben, würden Unwillige erst bei den höher angesetzten Minderungen kooperativ. Um einen größeren zeitlichen Verzug der Minderung zur Pflichtverletzung oder zum Meldeversäumnis zu verhindern, greife man vermehrt auf das aufsuchende Coaching zurück. Herr John ergänzt, dass die Regelungen zur Minderung erst mit Einführung des Bürgergeldes in diese Form gebracht worden seien und so nicht gut funktionierten. Mit der geplanten Wachstumsinitiative hätte das Verfahren wieder deutlich vereinfacht werden können, aktuell sei eine Umsetzung allerdings nicht mehr wahrscheinlich. Die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, fügt außerdem hinzu, dass der einmalige Kontakt pro Jahr das absolute Minimum sei. Im Jobcenter strebe man eine höhere Quote an.

Herr Budde (CDU) kritisiert die Ausgestaltung des Minderungssystems ebenfalls. Man renne den Unwilligen hinterher. Eine Bringschuld der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sei sinnvoller. Herr John verweist auf das bereits in einer anderen Sitzung vorgestellte, dänische Modell.

Herr Bas (B90/Die Grünen) dankt für den Bericht und bittet im Zusammenhang mit dem Thema Leistungsminderungen um einen Vergleich vor und nach Einführung des

Bürgergeldes. Wie der als **Anlage 2** beigefügten Grafik zu entnehmen ist, befindet sich die Leistungsminderungsquote seit Einführung des Bürgergelds deutlich unter den Werten der Jahre vor den Corona-Lockdowns. Aktuell ist diese sogar niedriger als beim Höchststand in der Zeit zwischen dem zweiten Lockdown und dem Sanktionsmoratorium. Ursächlich hierfür sind die eingeführten gesetzlichen Regelungen zu Leistungsminderungen im Bürgergeld. Herr Bas möchte außerdem wissen, ob die zunehmende Vermittlung von Ukrainerinnen und Ukrainern bei der Prognose der Bedarfsgemeinschaften berücksichtigt worden sei. Herr John gibt zu bedenken, dass neben dem Abgang auch ein stetiger Zugang von ukrainischen Flüchtlingen vorhanden und der Abgang durch die schwache Konjunktur auch rückläufig sei. Für die Prognose der Bedarfsgemeinschaften werden grundsätzlich alle aktuellen Trends berücksichtigt, Unvorhersehbares wie der Verlauf des Konflikts in der Ukraine mache die Sache aber nicht einfacher. Aktuell sei eine Steigerung der Bedarfsgemeinschaften wahrscheinlicher als ein Rückgang. Auf die Frage von Herrn Bas, ob bei Ukrainerinnen und Ukrainern die Art des Berufs oder die Sprache ein Vermittlungshemmnis seien, erklärt Frau Beier, dass dies nicht der Fall sei. Den Geflüchteten sei klar, dass nach dem Spracherwerb die Vermittlung folge. Es werde zwar versucht, die ausländischen (ggf. höheren) Bildungsabschlüsse entsprechend zu berücksichtigen, die Ukrainerinnen oder Ukrainer würden aber unabhängig davon gut mitwirken. Das Auseinanderfallen von Berufswunsch und angebotener Stelle sei grundsätzlich kein Problem. In Bezug auf die Meldeversäumnisse möchte Herr Bas noch wissen, ob sich bestimmte Personengruppen oder Hinderungsgründe herauslesen lassen würden. Frau Beier verneint dies. Das Warum sei schwer zu lokalisieren, weil sehr vielseitig. Genauso verhalte es sich mit den Personen. Geflüchtete z.B. würden als Personengruppe eher nicht zu den Unwilligen gehören.

4. Vorstellung des Projekts EUREGIO

204/2024

Frau Sonja Adamsky, zuständig für den Bereich Arbeitsmarkt/GrenzInfoPunkt bei der EUREGIO, stellt sich zunächst selbst vor und berichtet anschließend anhand der als **Anlage 3** beigefügten PowerPoint-Präsentation über das Projekt. Ziel der EUREGIO sei ein gemeinsames Versorgungsgebiet über die deutsch-niederländische Grenze hinaus. Man wolle durch Kontaktpflege und Beratung die Durchlässigkeit fördern und spreche dabei sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Institutionen an. Frau Adamsky schildert die Maßnahmen, die sich auch, aber nicht nur, auf den Arbeitsmarkt erstrecken. Sie erklärt, dass eine mögliche Frage nach den angesprochenen Personen im Kreis Warendorf nicht valide beantwortet werden könne. Durch komplizierte und teils sehr spezielle (Lebens)Umstände sei eine Verortung kaum lokal möglich.

Herr Blömker (SPD) dankt Frau Adamsky für den Vortrag und betont dessen Wichtigkeit. Der Kreis Warendorf sei schon länger Mitglied der EUREGIO, aber dennoch wäre das Projekt kaum jemandem ein Begriff. Trotz des Abstandes zur Grenze könne der Kreis von der Mitgliedschaft profitieren. Auf Herrn Blömkers Bitte zählt Frau Adamsky verschiedene Netzwerke und überregionale Kontakte der EUREGIO in die Wirtschaft auf. Kooperationen bestünden z.B. über eine mobile Beratung von Institutionen, die bereits vor Corona angeboten worden sei und in 2025 wiedereingeführt werden solle. Auch führe man Informationsveranstaltungen in Schulen durch, die Jugendliche zum Studium in den Niederlanden motivieren sollen. Frau Adamsky gibt an, dass die Finanzierung der EUREGIO in erster Linie über Mitgliedsbeiträge und EU-Mittel laufe und es seit 2019 eine strukturierte Finanzierung durch die Bundesländer NRW und Niedersachsen sowie die Niederlande gebe. Diese Regelung sei allerdings nur befristet angelegt.

Herr Bas (B90/Die Grünen) freut sich ebenfalls über Frau Adamskys Kommen und bittet um Darstellung bezüglich des Fachkräftemangels. Frau Adamsky erklärt, dass Fachkräftemangel grundsätzlich in beiden Ländern vorhanden sei. Der Einsatz von niederländischen Fachkräften in Deutschland scheitere häufig an den zwar etwas gesenkten, aber dennoch sehr hohen, sprachlichen Anforderungen. Die angekündigten, verstärkten Grenzkontrollen seien hingegen kein Problem für Pendlerinnen und Pendler.

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) dankt Frau Adamsky für ihre Präsentation und wünscht ihr alles Gute.

5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

206/2024

Die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Warendorf, Frau Katrin Diekhoff, berichtet anhand der als **Anlage 4** beigefügten PowerPoint-Präsentation über aktuelle Themen in ihrem Aufgabenbereich. Dabei nimmt sie den Faden des vorherigen TOPs auf und erklärt, dass grenzüberschreitendes Verhalten in ihrem Kontext etwas Negatives sei. Gewalt gegen Frauen sei ein absolutes Thema, sowohl in der Öffentlichkeit als auch im digitalen Raum. Man müsse aktiv werden und sowohl Frauen und Mädchen stärken als auch Männer und Jungen informieren. Sie lade daher zum Tag gegen Gewalt an Frauen am 24.11.2024 in das CinemAhlen ein. Dort werde passend zum Thema der Film „Morgen ist auch noch ein Tag“ gezeigt. Der Eintritt sei kostenlos. Frau Diekhoff berichtet außerdem über die erfolgte Lesung zum internationalen Männertag am 18.11.2024 und lädt zu einer musikalischen Lesung am 07.03.2025 in das Theater am Wall ein. Hier werde als Teil der Veranstaltungsreihe „Blickwechsel – Impulse für eine chancengleiche Zukunft“ die Schauspielerin und Autorin Jutta Spiedel aus ihrem Buch „Amaryllis“ lesen.

Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) dankt Frau Diekhoff und fragt, ob der Anstieg an Übergriffen gegen Frauen und Mädchen auf bestimmte Ursachen oder Personengruppen zurückzuführen sei. Frau Diekhoff gibt zu bedenken, dass es gesamtgesellschaftlich einen merklichen Anstieg an Gewalt gegeben habe. Nicht nur sei seit der Corona-Pandemie die Zahl an häuslichen Gewalttaten gestiegen, auch die Übergriffe gegen Rettungskräfte hätten zugenommen. Gewalt ziehe sich durch alle Bevölkerungsschichten und Altersstufen. Insbesondere sei sie schockiert über die hohe Zahl der weiblichen Opfer im Alter zwischen 60 und 80 Jahren. Bei den Tätern sei es weiterhin so, dass diese in der Regel aus dem Bekanntenkreis stammten. Man könne sich daher schwer festlegen und es bliebe nur die Möglichkeit, das Problem bewusst zu machen und die Opfer zu stärken.

Herr Bas (B90/Die Grünen) betont die Wichtigkeit der vorgestellten Veranstaltungen und bittet Frau Diekhoff um eine Darstellung ihrer sonstigen Tätigkeit. Frau Diekhoff bestätigt, dass die Öffentlichkeitsarbeit nur ein Teil ihrer Zuständigkeit sei. Sie sei innerhalb der Kreisverwaltung an allen Personalmaßnahmen und Dienstvereinbarungen beteiligt und biete auch intern Fortbildungen für verschiedene Zielgruppen an. So habe es z.B. Erste-Hilfe-Kurse für Väter und Großväter, Informationsveranstaltungen im Bereich Finanzen für Frauen und Fortbildungen zum Thema Sucht gegeben. Frau Diekhoff sei an Angeboten der Frauenberatungsstelle beteiligt und Mitglied des Arbeitskreises Gleichstellung beim LKT NRW.

Auf die Frage von Frau Aydemir (SPD) ergänzt Frau Diekhoff, dass alle Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Warendorf Mitglieder im Kreisfrauenforum und im kommunalen Arbeitskreis Gleichstellung seien. Es herrsche daher eine gute Vernetzung und ein ständiger Austausch.

6. Bericht des Jobcenters zum Werkcampus

207/2024

Zur Einführung in den TOP erläutert der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, die Maßnahme in Selbstvornahme, die beim Kreis Warendorf den Namen „Werkcampus“ trägt. Dabei trete das Jobcenter wie ein zertifizierter Träger auf und könne selbst Maßnahmen durchführen. Obwohl der Werkcampus organisatorisch dem Jobcenter zugeordnet sei, müssten die Kosten eindeutig vom Bereich Grundsicherung getrennt werden. Die Finanzierung erfolge zu 100 % über den Eingliederungstitel (EGT). Daraufhin berichtet der Leiter des Werkcampus, Dr. Matthias Peilert, anhand der als **Anlage 5** beigefügten PowerPoint-Präsentation über die Maßnahmen und Erfolgsquoten des Werkcampus. Grundsätzlich stehe die Hilfe zur Selbsthilfe im Mittelpunkt. Man wolle die Teilnehmenden darauf vorbereiten, selbstverantwortlich und erfolgreich am Arbeitsmarkt zu agieren. Für die Zeit ab 2025 sei eine Ausweitung auf den Standort Ahlen geplant.

Die Frage von Herrn Budde (CDU), ob mit Veränderungen im Aufgabenkatalog oder in der Größe des Werkcampus auch Änderungen in der Kostenübernahme einhergehen würden, verneint Dr. Peilert. Der Werkcampus sei als Maßnahme in Selbstvornahme stets vollständig über den EGT abrechenbar. Herr John ergänzt, dass aufgrund der Zugehörigkeit zur Kreisverwaltung neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwar im Stellenplan abgebildet werden müssten, auch diese seien aber kostenneutral. Um schneller auf Veränderungen im vom Bund zugewiesenen EGT-Budget und in den Anforderungen an den Werkcampus reagieren zu können, würden diese Stellen allerdings in der Regel befristet, so der Leiter des Sachgebiets Verwaltung, Herr Harald Klöpffer.

Herr Blömker (SPD) möchte wissen, ob für die Ausweitung des Werkcampus auf den Standort Ahlen ab 01.04.2025 Räumlichkeiten zur Verfügung stehen würden. Herr John erklärt, dass die Suche nach einer passenden Immobilie aufgrund der hohen Anforderungen schwierig und bisher erfolglos sei. Da man an dem Termin aber festhalten wolle, werde man zunächst Räumlichkeiten in der Anlaufstelle Ahlen nutzen. Das sei auch der Grund für die neuen Änderungslisten zum Haushalt gewesen (siehe TOP 8).

7. Blitzlicht aufsuchendes Coaching
--

208/2024

Der Leiter des Werkcampus, Dr. Matthias Peilert, berichtet anhand der als **Anlage 6** beigefügten PowerPoint-Präsentation über das aufsuchende Coaching. Ziel seien erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit intensivem Betreuungsbedarf und/oder solche, die sich dem Jobcenter entziehen würden. Hier sei es besonders wichtig und erfolgsversprechend, immer am Ball zu bleiben.

Auf die Frage von Herrn Blömker (SPD), wie das Coaching ablaufe, erklärt Dr. Peilert, dass der Kontakt immer persönlich sei. Vereinzelt gebe es zusätzlich telefonische Termine, grundsätzlich nutze man aber einen „Walk and Talk“-Ansatz. Die Häufigkeit der Termine sowie der Ort würden vom individuellen Bedarf abhängig gemacht und die Gespräche grundsätzlich nicht in den Räumen des Jobcenters stattfinden.

8.	Vorbereitungen und Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung der Budgets des Jobcenters und der Gleichstellungsbeauftragten für das Jahr 2025	209/2024/1
-----------	--	-------------------

Die Vorsitzende verliest seitenweise die einschlägigen Stellen des Haushaltsplans 2025 und bittet um Fragen bzw. Erläuterungen. Zum Vorbericht gibt es keine Fragen. Ebenso wenig zu den Produkten 010940 Gleichstellung von Frau und Mann und 050210 Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Der Leiter des Sachgebiets Verwaltung, Herr Harald Klöpfer, erläutert daraufhin den Inhalt und die Notwendigkeit der als Tischvorlage ausliegenden Änderungsliste zum Ergebnisplan. Das Ergebnis bleibe im Vergleich zu den mit der Einladung versendeten Änderungslisten gleich, es habe sich lediglich der Übertrag in das Produkt 050220 Werkcampus verändert. Da dieser sich sowohl auf die Aufwendungen als auch auf die Erträge auswirke, herrsche Saldenneutralität. Herr Klöpfer gibt außerdem an, dass man mit einer vorläufigen Haushaltsführung auf Bundesebene rechne und so nur sehr bedingt prognostizieren könne.

Auch zum Produkt 050220 werden keine Fragen gestellt. Der Leiter des Werkcampus, Dr. Matthias Peilert, geht in diesem Zusammenhang auf die als Tischvorlage ausliegenden Änderungslisten zum Ergebnisplan und zu den Kennzahlen ein. Im Vergleich zu den mit der Einladung versendeten Listen habe sich lediglich der Ansatz für die Raumkosten geändert. Durch die bisher erfolglose Suche nach einer geeigneten Immobilie und der nun geplanten Nutzung von Räumen in der Anlaufstelle Ahlen, würden die Kosten für die Anmietung zunächst wegfallen.

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) verliest daraufhin den Beschlussvorschlag und der Ausschuss stimmt ab.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2025 sowie den zugehörigen Änderungslisten in der Fassung vom 14.11.2024 (Ergebnisplan) bzw. 06.11.2024 (Kennzahlen) wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 16 (CDU, SPD, B90, FWG, FDP)

Nein 1 (AfD)

Enthaltung 1 (FRAKTION)

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht ihnen alles Gute. Man werde sich im nächsten Jahr wiedersehen. Sie beendet die Sitzung um 11:24 Uhr.

Elisabeth K. Hollenhorst
Vorsitzende

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin